

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—
Für Deutschland
monatlich Mk 600.—, für
Deutschland M. 40.—.
Erscheint mit Ausnahme
des Monats März früh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 6. Juli 1922.

№. 156.

Ein Aktionsprogramm.

Gestern hat in Prag eine für die gesamte Arbeiterbewegung dieses Staates bedeutungsvolle Tagung stattgefunden: alle Gewerkschaftszentralen, also die Vertreter der organisierten Arbeiter aller Parteien, tschechische Sozialdemokraten sowohl wie Nationalsozialisten, deutsche Sozialdemokraten wie Kommunisten haben gemeinsam beraten, um ihre warnende Stimme zu erheben und die Forderungen und Wünsche der Arbeiterschaft der Regierung und dem Parlament bekanntzugeben. Eine solche Tagung ist keine vereinzelte Erscheinung in der internationalen Arbeiterbewegung, die sich etwa auf die Tschechoslowakei beschränken würde. Auch in anderen Ländern sind die Gewerkschaften — was vor dem Kriege nie der Fall war — ein politischer Faktor geworden, der in entscheidenden Augenblicken in das Leben der Gemeinschaft machtvoll eingreift. Die Zerrissenheit der Arbeiterbewegung bewirkt, daß ein einheitlicher proletarischer Wille nur durch die Gewerkschaften geformt werden kann, und daß durch die Gewerkschaften das Proletariat als Klasse dem Staate, der Regierung und dem Parlament gegenübertritt. In Deutschlands schicksalsschweren Tagen, beim Kapp-Putsch, bei der Ermordung Erzbergers, und zuletzt bei dem verbrochenen Anschlag auf Rathenau ist durch das Auftreten der Gewerkschaften die Macht der Arbeiterschaft dem Bürgerium zum Bewußtsein gebracht worden. In der Tschechoslowakei ist im jetzigen Augenblick gerade eine schwüle politische Atmosphäre eingetreten, die parlamentarische Maschinerie funktioniert nur schwer, ein fast völliger Stillstand ist insbesondere in der sozialpolitischen Gesetzgebung eingetreten, die Parteien, die verschiedene Bevölkerungsklassen vertreten, halten sich in der Koalition die Waage, so daß die Exekutive dieser Mehrheit, die Regierung Beneš, politisch vollständig unfruchtbar geblieben ist. Diese Situation wird insbesondere für die Arbeiterschaft immer unerträglicher und deswegen traten die drei Gewerkschaftszentralen zusammen, um einmal deutlich und klar zu sagen, was die Arbeiterschaft will.

Die eine der gefaßten Entschlüsse handelt insbesondere von der verheerenden internationalen Wirtschaftskrise, unter der alle Länder leiden. Die Unternehmer werden darin der Einschränkung der Betriebe angeklagt, wenn ihnen das Geschäft nicht genug Geld bringt, und so mitschuldig zu sein an der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Auch die tschechischen Arbeiter erkennen nunmehr die völlig verfehlte Wirtschaftspolitik und erheben gegen die Staatsverwaltung die schwere Beschuldigung, daß sie den Vorschlägen der Arbeiterschaft auf Vinderung der Wirtschaftskrise nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt hat. Nicht allein negative Kritik enthält die Entschlüsse, sondern auch positive Vorschläge. Darin zeigt sich der große Ernst der Konferenz. Die Gewerkschaften verlangen, wie schon so oft, die Unterstützung der Baubewegung, Abbau der Kohlenabgabe, Regelung der Frachttarife und eine vernünftige Handelsvertragspolitik gegenüber allen Staaten. Die tschechische Arbeiterschaft hat auch noch nie so klar und entschieden die Zerreißung der lebensfähigen Großgrundbesitze und die Verteilung dieses Bodens als unsozialistisch bezeichnet. Die Arbeiterschaft verlangt eine Kontrolle der Betriebsbedingungen und schließlich die entsprechende Unterstützung der Armen und Elendesten, der Opfer der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosen.

Eine zweite Entschlüsse befaßt sich mit dem Interesse der Arbeiterschaft als Konsumenten. Es wird auf die ungemessen hohen Gewinne der Fabrikanten und des Zwischenhandels hingewiesen als eines der Hauptübel der bestehenden Teuerung. Mit Entschiedenheit fordern die Arbeiter die zollfreie Einfuhr von Lebensmitteln und nehmen Stellung gegen die Wünsche der Besitzklassen nach durch hohe Zölle garantierten Profiten. Die Konsumenten verlangen einen Einfluß auf die Staatsverwaltung und zu diesem Zwecke die baldigste Einsetzung von Konsumentenräten.

Das blutige Nachspiel der stummen Demonstration.

Zwei Tote in Zwickau.

Zwickau, 5. Juli. Im Anschlusse an die Demonstrationen haben sich gestern abends in der inneren Stadt bis in die Nacht hinein vor der Auserne der Sicherheitspolizei lebhafteste Straßenkämpfe entwickelt, die mehrere Opfer forderten. Die Demonstranten bemächtigten sich im Rathause der Waffen der Polizei. Auf dem Marktplatz kam es zu einem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei, wobei ein Arbeiter verwundet wurde. Die Menge belagerte die Kaserne der Polizei, wo sich eine neue Schießerei entwickelte. Die Demonstranten erlitten dabei sehr schwere Verluste. Auch mehrere Polizisten wurden verwundet. Ein Polizeibeamter ist in der Nacht gestorben, so daß im ganzen zwei Tote zu beklagen sind. Der Aktionsausschuß hat den Stadtrat von Zwickau als Geißel gefordert, um von der Regierung die Zurückziehung der Schutzpolizei zu erzwingen.

Blutige Demonstrationen in Wiesbaden.

Berlin, 5. Juli. (Tsch. P.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ kam es in Wiesbaden bei den Kundgebungen zum Schutze der Republik zwischen der Polizei und einer Gruppe junger Burschen zu Zusammenstößen. Die Schutzmannschaft war genötigt, um der Waffe Gebrauch zu machen, und gab zwanzig bis dreißig Schüsse ab, durch die sieben Personen verletzt wurden. Aus der Zigarettenfabrik Laurens wurden die Arbeiterinnen herausgeholt. Es sind schwere Beschädigungen und Blutverletzungen vorgekommen.

Wiesbaden, 5. Juli. (Wolff.) Nach einer ergänzenden Meldung sind bei den gestrigen Zusammenstößen der Demonstranten und der Polizei eine Person getötet und 19 verwundet worden.

Ausbreitungen bei Magdeburg.

Magdeburg, 5. Juli. In dem benachbarten Sommerfeld im Kreis von Snelshausen im Kreise Neuhaldensleben zu großen Ausbreitungen. Im Anschlusse an die gestrigen Kundgebungen für die Republik hatte sich eine große Menschenmenge, die Zuzug aus der benachbarten Stadt Helmstedt erhielt, bei dem Gute angeammelt und begab sich in das Schloß, um die Entlassung des ungeliebten Gutsverwalters Ritter von Rosenberg zu verlangen. Während der Verhandlungen fiel ein Schuß. Als darauf die Verhandlungen aus dem Schlosse zurückkehrten, steigerte sich die Erregung der Menschenmenge. Eine telephonisch herbeigerufene Abteilung von 20 Schutzpolizisten

Der kapitalistischen Anarchie wird die Organisation der Erzeugung und des Verbrauches entgegengestellt und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum genossenschaftlichen Zusammenschluß aufgefordert.

In sehr ersten Worten wendet sich eine dritte Entschlüsse gegen das völlige Stocken in der Arbeiterschaft. Die parlamentarischen Parteien und die Regierung werden aufgefordert, für die Gesetzgebung der Alters- und Invalidenversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung Sorge zu tragen. Die halbige Verhandlung des Gesetzes über die Arbeiterurlaub und die Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge wird verlangt. Die organisierten Arbeiter erklären mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, daß sie es nicht dulden werden, wenn sich Regierung und Parlament dem Nachtwillen der Unternehmer beugen.

So stellen die drei gefaßten Resolutionen nichts weniger als ein Aktionsprogramm der gesamten Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei dar. Manche Sonderwünsche mühten zurückgestellt werden. Wenn die deutsche Arbeiterschaft allein ihre Forderungen für die nächste Zeit aufzustellen hätte, würde manches anders gefaßt sein und manches verlangt werden, was in dem gemeinsamen Programm fehlt. Wichtiger freilich ist, daß für die Regierung der Wille der Hälfte der Bevölkerung dieses Staates festgelegt ist.

Es ist höchste Zeit, daß die Regierung all den erwähnten Forderungen endlich ihr

wurde von der Menge entwaffnet. Inzwischen soll an anderer Stelle aus dem Schloß geschossen worden sein, wobei es drei Tote und 10 Verletzte gegeben haben soll. Darauf drang die Menge in das Schloß ein und plünderte.

Der Verwalter Rosenberg soll schwer mißhandelt, nach anderen Nachrichten getötet worden sein. Im Laufe der Nacht soll eine Verschärfung der Lage eingetreten sein, die zusammengegestromte Menge wird auf 20.000 bis 30.000 Personen geschätzt.

Schwerer Zusammenstoß in Hannover.

Hannover, 5. Juli. Im Anschlusse an die gestrigen Demonstrationen in Peine begab sich eine Anzahl von Teilnehmern, vornehmlich Arbeiter vom Bause des Mittelstandsamts, nach dem Festplatz einer Schützengesellschaft. Es kam zu einem schweren Zusammenstoß, 38 Personen wurden verwundet, 10 Personen sind ins Krankenhaus gebracht worden. Etwa 20 Kamalarbeiter wurden verhaftet.

Das Nachspiel in Freiburg und Offenburg.

Freiburg, 5. Juli. Bei den gestrigen Kundgebungen in Singen am Hohentwiel wurden, während die Menge vor dem Hause eines früheren Offiziers demonstrierte, aus einem benachbarten Hause, in dem ein Major Scherer wohnte, auf die Menge Schüsse abgegeben, wodurch mehrere Leute verwundet wurden. Bei dem darauf folgenden Tumulte wurde Major Scherer erschossen. Die Ruhe wurde wieder hergestellt. In Offenburg versuchten die Demonstranten in das Gerichtsgebäude einzudringen, da seitens verschiedener Redner erklärt worden war, daß die Verfolgung der Würder Erzbergers abschließend verhindert worden sei. Es gelang, die Demonstranten von Ausschreitungen abzuhalten.

Die Hintermänner des Anchlages auf Harden.

Berlin, 5. Juli. (Wolff.) Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei haben ergeben, daß die Hintermänner des Morbanchlages auf Maximilian Harden in Oldenburg sitzen. Mehrere dorthin entsandte Berliner Beamte haben darauf in Oldenburg Durchsuchungen sowie Verhaftungen vorgenommen. Sobald das Material und die Festgenommenen in Berlin eingetroffen sind, wird über das Ergebnis der polizeilichen Maßnahmen Näheres mitgeteilt.

Augenmerk zuwenden. Vorläufig hat sie das nicht getan. Bezeichnend ist, daß zu der so bedeutungsvollen Konferenz nur die Ministerien für soziale Fürsorge und für öffentliche Arbeiten ihre Vertreter geschickt haben, das Handels-, Eisenbahn-, Finanzministerium und das Ministerratspräsidium scheinen für diese Dinge kein Interesse zu haben. Die Arbeiterschaft wird aber dafür Sorge tragen, daß sich die Regierung für die drängenden sozialen Probleme dieses Staates interessiert und nicht unter den Einfluß der Saboteure der Volkswirtschaft gerät, von denen mancher nicht ungern die Einschränkung der Industrie und damit das einbrechende Uebergewicht des Agrarismus in diesem Staate sehen würde. Bis zu solchem Wahnsinn haben sich schon die Ideen einzelner profitgieriger Arbeiterfeinde in diesem Staate verdichtet. Daß dies eine Katastrophe bedeuten würde, Elend und Jammer für die Arbeiterschaft, Auswanderung vieler qualifizierter Arbeitskräfte, den Ruin der ganzen Bevölkerung, brauchen wir nicht auseinanderzusetzen. Deshalb ist die Gewerkschaftskonferenz eine ernste Warnung an die Regierung, sich bewußt zu werden, wie die Dinge hierzulande stehen: Denn keine Regierung dieses Staates wird an den allerdringendsten Bedürfnissen der Arbeiterschaft vorbeigehen können — wenn die Arbeiterschaft weiter einig bleibt und die Gewerkschaften so im Verein mit den proletarischen Parteien dieses Staates die gefaßten Beschlüsse durchzusetzen in der Lage sein werden.

Ernst Däumig.

Berlin, 5. Juli. (Eigenbericht.) Genosse Ernst Däumig, der vor einigen Wochen während einer Sitzung im Reichstag einen Schlaganfall erlitt, ist heute im Krankenhaus gestorben.

Die Meldung erreicht uns in später Nachtstunde und wir sind darum außerstande, im Augenblick noch die Verdienste des so plötzlich Verstorbenen ums Proletariat und Sozialismus eingehend zu würdigen. Mit Däumig verliert die Arbeiterschaft Deutschlands einen ihrer markantesten und selbstlosesten Führer. Besonders hervorzuheben ist Genosse Däumig in den Jahren nach dem Zusammenbruch, aber auch vorher schon hatte er seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt.

Däumig stand im 56. Lebensjahre. In seiner Jugend hat er ein etwas abenteuerliches Leben geführt, das ihn auf längere Zeit in die französische Fremdenlegion verschickte. Nach der Rückkehr nach Deutschland schloß sich Däumig der Sozialdemokratie an. Er wurde Redakteur in Reuß, Halle und Erfurt und kam schließlich 1911 an das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, den Berliner „Vorwärts“. Im Jahre 1916 mußte er mit den kriegsgegnerischen Kollegen aus diesem ausschließen. Bei Ausbruch der Revolution wurde er an die Spitze der Bewegung gestellt und propagierte besonders die Verwirklichung des politischen Rätesystems. Nach dem Tode Haases wurde er mit Crispian Vorländer der U. S. P. bei deren Spaltung in Halle ging er zu den Kommunisten über und wurde deren Mitvorsitzender. Der Märzputsch in Mitteldeutschland (1921) veranlaßte ihn zum Austritt aus der U. S. P. und er gründete mit Paul Levi die kommunistische Arbeitsgemeinschaft. Endlich schloß er sich dann mit seinen Gefinnungsgenossen wieder der U. S. P. an.

Däumig war ein aufrechter und ehrlicher Charakter. In allen Teilen der Arbeiterschaft genoß er großes Vertrauen, auch wenn diese nicht mehr seine Anschauungen teilte.

Mit der U. S. P. und der sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands betrauert auch unsere Partei und die Klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft der Tschechoslowakei den frühen Tod des Kämpfers und Revolutionärs.

U. S. P. und Regierungskoalition.

Berlin, 5. Juli. (Eigenbericht.) Die Besprechungen über die Umbildung der Regierung unter Zuziehung der U. S. P. haben bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt. Bis nun haben getrennte Verhandlungen der Sozialdemokraten mit den Unabhängigen auf der einen Seite — wobei vollste Einmütigkeit erzielt worden ist — und Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Koalitionsparteien auf der anderen Seite stattgefunden. Bis jetzt kann lediglich soviel gesagt werden, daß die Beratungen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zur Erweiterung der Koalition nach links ergeben haben.

Die diensttägigen Miesendemonstrationen.

Berlin, 5. Juli. Die Teilnahme an der gestrigen großen Kundgebung für die Republik war, wie die Meldungen aus dem ganzen Reiche erkennen lassen, noch wichtiger als bei der ersten Demonstration. In Berlin werden es über 300.000 Demonstranten gewesen sein. In den übrigen großen Städten war die Ziffer der Teilnehmer ebenfalls imposant. So spricht das Nachrichtenblatt der Gewerkschaften von über 100.000 Teilnehmern in München, von rund 100.000 in Breslau und Elberfeld.

Monarchikentehrans in Lübeck.

Lübeck, 4. Juli. (Wolff.) In der heutigen Staatsbürgerstiftung wurden sozialdemokratische Anträge, wornach verschiedene dynastische Straßennamen in Straßennamen der Republik umgewandelt und dem Lübecker Anzeiger der Charakter als amtliches Blatt entzogen werden sollen, gegen die Stimmen der Bürgerlichen, angenommen. Die Sitzung endete mit einem Tumultakte der Kommunisten, die im Saal befindliche Büsten von Nolcke und Bismarck ergriffen und unter dem Jubel der Tribüne auf der Straße vernichteten.

Manifestation der Gewerkschaften.

Stellungnahme zur Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. — Für eine gute Konsumentenpolitik. — Für den Ausbau der sozialen Gesetzgebung.

Die Wirtschaftskrise und die für die Arbeiterklasse sich daraus ergebenden schweren Folgen, haben gestern die Vertretungen aller sozialistischen Gewerkschaften der Republik zu einer Kundgebung zusammengeführt. Die Kundgebung, an der sowohl die Vertreter der tschechischen wie der deutschen Gewerkschaftsorganisationen, der tschechischen Nationalsozialisten und kommunistischen Gewerkschaften, teilnahmen, fand in einem Saale des Prager Repräsentationshauses statt und gestaltete sich zu einer eindringlichen Mahnung an die Regierung. Die herrschende Krise, die Vernachlässigung der sozialpolitischen Gesetzgebung und die immer heftiger sich gestaltenden Angriffe der Unternehmerklasse haben das Leben der Arbeiterklasse in diesem Staate nachgerade unerträglich gemacht. Die Konferenz hat die Aufgabe, dieser Stimmung der Arbeiterklasse Ausdruck zu geben, die Regierung an ihre Pflicht zu gemahnen, alles vorzunehmen, was geeignet erscheint, die Schärfe der wirtschaftlichen Krise zu mindern und eine Politik zu befolgen, die nicht einseitig das Interesse der Unternehmerklasse zum Ziel hat. Die Kundgebung der Gewerkschaften ist ein erfreulicher Beweis der in ihnen vorhandenen Erkenntnis von der Notwendigkeit der Zusammenfassung der Kräfte der gesamten organisierten Arbeiterklasse zur Abwehr der Unternehmerangriffe und zur Geltendmachung der angehten der Wirtschaftskrise notwendigen Arbeiterforderungen. Die Regierung wird an dieser Kundgebung des Proletariates der Tschechoslowakei nicht vorübergehen können, wenn sie sich nicht zur gesamten arbeitenden Bevölkerung in schwersten Gegenjahren stellen will.

Gestern vormittags um zehn Uhr begann in einem Saale des Repräsentationshauses in Prag eine Tagung der Spitzenorganisationen der tschechischen sozialdemokratischen Gewerkschaften, des deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbundes und der tschechischen nationalsozialistischen Arbeitervereine. Auch Vertreter der kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen waren erschienen. An alle in Betracht kommenden Ministerien waren Einladungsschreiben geschickt worden, doch hatten das Handels-, das Eisenbahn- und das Finanzministerium es nicht einmal für notwendig befunden, die Nichtbesichtigung der Konferenz zu entschuldigen. Als einziger Minister erschien bei der Tagung der Minister für soziale Fürsorge Gustav Habrman. Das Ministerium für soziale Fürsorge hatte außerdem noch den Sektionsrat Dr. Greer entsandt. Vom Ministerium für öffentliche Arbeiten war Sektionschef Dr. Fischer anwesend. Als Vertreter des Klubs der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten war Abgeordneter Nemecek anwesend, als Vertreter des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren Abgeordneter Cermal und Senator Riechner, als Vertreter der tschechischen Nationalsozialisten Abgeordneter Laube.

Abgeordneter Sekretär Tayerle erklärte die Konferenz für eröffnet und wies auf ihre Bedeutung hin. Nach der Wahl des Präsidiums, in das Jakubka, Pohl und Estantn ab Bestehende gewählt wurden, ergriff zum 1. Punkt der Tagesordnung:

„Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit“

Abg. Tayerle das Wort. Er schilderte in seinem wohlüberdachten Referat Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrise, von der gegenwärtig Europa heimgesucht sei und die sich für die Tschechoslowakei infolge der schwankenden Wertverhältnisse in ihren Nachbarstaaten sehr drückend gestaltet. Er wies auf die Mittel zur Linderung der Wirkungen dieser Krise hin und bekämpfte ausführlich die von den Unternehmern verfolgte Forderung nach Abbau der Löhne. Die Löhne sind keineswegs so hoch und bilden nicht einen derartig wesentlichen Bestandteil der Produktionskosten, daß ihre Kürzung zur Beseitigung der Wirtschaftskrise beitragen könnte. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist heute, da diese vielfach Feiertagsgeltern einlegen müssen, eine traurige und vertritt in keiner Weise eine weitere Schädigung durch herabgesetzte Löhne. Wenn die Unternehmer die wirklichen Ursachen bekämpfen werden, welche Hemmnisse der Produktion darstellen und die Konkurrenzfähigkeit der Industrie erschweren, so werden sie die Arbeiter an ihrer Seite finden. Aufgabe des Staates ist es, die Wirtschaftskrise zu lindern. Wenn auch der Staat diese Krise durchgreifend nicht zu ändern vermag, so wollen wir wenigstens den guten Willen sehen. Die Regierung muß in ihrer Wirtschaftspolitik eine Richtung gehen, die der arbeitenden Bevölkerung nützt und ihre Not zu lindern geeignet ist. Wir tragen es schwer, daß von der Baubewegung viel gesprochen wird, doch daß der Geist und der Wille fehlt, das Gesez auszuführen und daß die ausreichenden Mittel hierzu fehlen. Wir müssen uns dagegen wenden, daß der Staat die Beseitigungen im Auslande macht, während hier die Arbeitslosigkeit um sich greift. Auch

die Art, wie die Bodenreform durchgeführt wird, muß bekämpft werden. In der Slowakei gibt es infolge der auf Grund der Bodenreform durchgeführten Parteilierung etwa 40.000 Arbeitslose. Auch bei uns wird auf diese Weise eine systematische Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Das Wohl des Staates wird nicht gefördert, wenn tausende Arbeiter ins Ausland abwandern müssen. Die bisherige Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit der Regierungen in diese Richtung muß aufhören. Darum haben wir uns hier versammelt, um der Regierung unseren Willen kundzutun. Die gewerkschaftlichen Organisationen werden auch weiterhin gemeinsam vorgehen. (Beifall.)

Abgeordneter Pohl bezeichnet die gegenwärtige Wirtschaftsform als totkrank. Eine Wirtschaftsform, die nicht imstande ist, die Menschen zu ernähren und zu beschäftigen, kann man nicht anders als totkrank nennen. Früher hieß es, die Besserung der Valuta werde helfen und die Teuerung besiegen, doch der ganze Abbau der Lebensmittelpreise beträgt kaum sechs Prozent. Die Wertschwankungen der Nachbarstaaten üben eine ungesunde und verderbliche Wirkung auf die Ein- und Ausfuhr unseres Staates. Die allgemeine wirtschaftliche Orientierung dieses Staates muß eingestellt sein auf die Tatsache, daß die Tschechoslowakei auf den Austausch der Waren, auf Ausfuhr angewiesen ist. Jahre hindurch wurden in unserer Wirtschaftspolitik die schwersten Sünden begangen. Die Wirtschaft wurde bürokratisiert, unser Handel schillert. Die Einstellung unseres Wirtschaftslebens bloß auf den inländischen Markt, die Abperrung von den Nachbarstaaten hat dem Wirtschaftsleben unseres Staates schweren Schaden zugefügt. Es gibt keine Krise im Staate, welche die rückläufige Bewegung unseres Wirtschaftslebens nicht ungenügend sehen. Die rückläufige Bewegung zum Agrarstaat bedeutet aber nicht nur ein Ende der Sozialisierungsbemühungen, sie bedeutet auch den Ruin und Verfall des Staates, da sie die wichtigsten Quellen seiner Einnahmen verstopft. Die Unternehmer wünschen eine Herabsetzung der Produktionskosten. Fragt man, welche Produktionskosten sie meinen, so haben sie nur die eine Antwort: Kürzung der Löhne. Redner zeigt an dem Preis der Braunkohle, deren Produktionskosten billiger geworden sind, daß die Bevölkerung davon nichts spürt. Es ist eine grobe Unwahrheit, daß die Lohnbildung für die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Industrie maßgebend ist, sie hängt vielmehr von der technischen und kaufmännischen Fähigkeit oder Unfähigkeit ab. Die gewerkschaftlichen Kampfmitel sind gegenwärtig eingeschränkt, aber so weit sind sie doch nicht eingeschränkt, daß die Unternehmer es wagen dürfen, ihre Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter fortzusetzen. Die Arbeiterklasse wird sich mit ihren gewerkschaftlichen Kampfmiteln energisch zur Wehr setzen. (Beifall.)

Es referiert hierauf im gleichen Sinne wie die Vordröder noch Senator Stasny (tsch. Nat.-Sozialist).

Zu diesen Punkte liegt folgende Resolution vor:

Die privatkapitalistische Wirtschaftsform hat die Weltwirtschaftskrise mit allen ihren Folgen hervorgerufen und trifft alle Industriestaaten. Besonders aber fühlen jene Staaten die Wirkungen der Krise, welche unter den Kriegsfolgen leiden. Diese Kriegsfolgen treten zutage, in der unbeschränkten Abhängigkeit, dem Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln und einer immer größer werdende Arbeitslosigkeit. Die verderblichen Wirkungen der Wirtschaftskrise werden dadurch noch gesteigert. Das privatkapitalistische Unternehmertum setzt rückwärts die Betriebe still, schränkt sie ein, wenn sie ihnen nicht genug Gewinn bringen. Das ungenügende Einkommen, verursacht durch die Beschäftigungslosigkeit, setzt den Bedarf breiter Schichten der Bevölkerung noch weiter herab, ein weiterer Ueberfluß an Waren entsteht und in dessen Folge vermehrte Arbeitslosigkeit.

In der tschechoslowakischen Republik verbindet sich mit diesen allgemeinen und internationalen Ursachen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit die völlig verfehlte Wirtschaftspolitik des Staates. Die Gewerkschaftsorganisationen in diesem Staate haben bei verschiedenen Gelegenheiten ihre Forderungen in Bezug auf Verminderung der Krise und Arbeitslosigkeit bekämpft, ohne daß sie jene Aufmerksamkeit gefunden hätten, wie sie das allgemeine, volkswirtschaftliche und staatliche Interesse erfordert. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Staate, die vermehrte Arbeitslosigkeit und Teuerung bringen die Gefahr der Auswanderung, welche die zukünftigen wirtschaftlichen Interessen des Staates bedroht.

Die Wirtschaftspolitik des Staates muß deshalb die Lösung der Grundursachen der Wirtschaftskrise anstreben und darf nicht wie bisher die Bestrebungen hindern, welche auf die Entwicklung der Industrie und die Gewinnung des Absatzes auf dem Weltmarkte hinzielen. Ein moderner Staat muß sich loslösen von einer Politik, welche einseitig die wirtschaftlichen Interessen der Besitzklassen unterstützt und dabei die berechtigten sozialen Bedürfnisse der Arbeiter übergeht. Die Politik der Arbeitgeber, welche bestrbt ist, die Wirtschaftskrise durch Lohnherabsetzung zu lösen, ist unzulässig und für die fernere Entwicklung unserer Industrie im höchsten Grade schädlich.

Die Gewerkschaftsorganisationen, vertreten auf der gemeinsamen Konferenz vom 5. Juli 1922 in

Prag, wenden sich mit aller Entschiedenheit und mit allen Kräften gegen diese Politik der Unternehmer, welche ungenügend die Verantwortlichkeit vorzuschieben, daß nur durch Lohnherabsetzungen und Verschlechterung der sozialpolitischen Gesetzgebung die Wirtschaftskrise möglich sei. Ein tieferes Lebensniveau, ein geringerer sozialer Schutz der Arbeitnehmer sind am wenigsten geeignet, die Lage unserer Industrie zu bessern. Die Konferenz konstatiert, daß weder die soziale Gesetzgebung dieses Staates, noch die Höhe der Löhne die Ursachen der wirtschaftlichen Krise bilden, daß vielmehr in einer Reihe von benachbarten Staaten, die mit unserer Industrie auf dem Weltmarkte erfolgreich konkurrieren, die gleiche und teilweise eine bessere Gesetzgebung eingeführt ist und die Arbeiterklasse ein gleiches Lebensniveau aufzuweisen hat.

Die Ursachen der Wirtschaftskrise beruhen neben den Nachwirkungen des Weltkrieges hauptsächlich auf der ungenügenden und planlosen privatkapitalistischen Wirtschaft, auf der technischen Zurückgebliebenheit der Betriebe, auf den valutawirtschaftlichen Schwankungen, Teuerung der Rohstoffe und Frachten, welche oft genug durch außerordentliche Unternehmergewinne verschuldet sind. Hier muß zunächst eine gründliche Aenderung erfolgen. Die Gewerkschaftsorganisationen sind sich bewußt, daß sie hier vor die Lösung vieler komplizierter Fragen des volkswirtschaftlichen und politischen Lebens gestellt sind. Diese Fragen können nur gelöst werden bei einer klaren, selbstbewußten Wirtschaftspolitik des Staates.

Aus diesen Gründen erheben die Gewerkschaftsorganisationen folgende dringliche wirtschaftliche Forderungen:

1. Zur Milderung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise muß eine systematische und tatkräftige Unterstützung der Baubewegung erfolgen; dies kann geschehen durch Ausführung öffentlicher Bauten und Arbeiten, durch Verwendung der Einnahmen aus der englischen Anleihe ausschließlich zu diesem Zwecke, durch reifliche und schlaueste Durchführung des Investitionsprogrammes des Staates und durch Schaffung eines Gesetzes über die Wohnbausteuer.
2. Für die Zeit der Industriekrise sind der Staat und die öffentlichen Körperschaften gehalten, ihre Lieferungsverträge so weit als möglich an inländische Erzeuger zu vergeben. Bei der Vergabe dieser öffentlichen Arbeiten sind die Genossenschaftsbetriebe zu berücksichtigen und so eine wirksame Kontrolle gegen eine ungründete Erhöhung inländischer Preise zu schaffen.
3. Die Konferenz stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt des freien inländischen und internationalen Warenverkehrs. Sie fordert, daß diese Grundsätze bei neuen Handelsverträgen voll berücksichtigt werden. Für eine Uebergangszeit, besonders jedoch so lange, als dieser Grundsatz von anderen Staaten noch nicht anerkannt ist, ist der Einfuhr von Rohstoffen gegenüber der Einfuhr von Fertig- und Halbfabrikaten der Vorzug zu geben; besonders dann, wenn dadurch nicht die Preise im Inlande erhöht werden. Für die Zeit der Krise verlangt die Konferenz das Einfuhrverbot für alle Luxuswaren. Die Konferenz fordert, daß die Regierung planmäßig und energisch alle Maßnahmen treffe, um die Einfuhr nach allen Nachbarstaaten und Rußland zu ermöglichen und zu fördern. — Es ist ein Gesetz gegen den Bankrott zu schaffen.
4. Die Konferenz empfiehlt eine systematische Unterstützung der Erwerbsindustrien und eine Erweiterung der Bodenbesetzung zur Unterbringung unbefähigter Arbeitskräfte. Die Konferenz fordert, daß die Rekolonialisierung der durch den Bergbau zerstörten Bodenschichten unverzüglich in Angriff genommen werde. Die neuen staatsrechtlichen Verhältnisse, welche für eine ganze Reihe von Industrien auch neue Handelsbedingungen bedeuten, erfordern unerlässlich Berücksichtigung. Die Konferenz beantragt daher, daß die Regierung hier besonders die Bestrebungen der Gemeinden und Arbeiter-Produktionsgenossenschaften unterstütze, insofern sie die Gründung oder Erweiterung solcher Unternehmungen, ob in der Industrie oder in der Landwirtschaft, finanziert.
5. Bei Einstellung von Arbeitskräften ist zunächst auf einheimische Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Die Konferenz verwarft sich gegen das Anwerben von ausländischen Arbeitern für Gebiete und Industrien, wo genügend einheimische Arbeiter vorhanden sind und die Ausländer nur zum Zwecke des Lohnbrudres angeworben werden.
6. Die Konferenz fordert die Aufhebung der Kohlenabgabe, sowie die Herabsetzung der Frachttariffe, besonders jener für Kohlen, Rohstoffe und Halbfabrikate. Als Uebergangsstadium zur Sozialisierung der Bergwerkbetriebe wird die Errichtung von Kohlenzwangssyndikaten verlangt, die die ganze Kohlenwirtschaft zu befragen haben.
7. Die Konferenz protestiert gegen die Art und Weise, wie die Bodenreform durchgeführt wird und dadurch Arbeitslosigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angeestellten herbeigeführt wird. Sie fordert, daß nie eher die Bewilligung zur Beschlagnahme von Grundbesitz gegeben wird, solange die Unterbringung der dort beschäftigten Arbeitskräfte nicht sichergestellt ist. Die Konferenz erklärt, daß die Zerreißung von gut arrondierten Großgrundbesitzen und deren Verteilung an einzelne Besitzer unsozialistisch und volkswirtschaftlich schädlich ist. Sie fordert deshalb, daß bei der Durchführung der Bodenreform der Grundbesitz der genossenschaftlichen und öffentlichen Bewirtschaftung voll berücksichtigt werde. Die Konferenz fordert paritätische Vertretung der unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen im Bodenamt.
8. Die Konferenz fordert ein Verbot der Ueberstunden und Sonntagsarbeit, besonders auch in Handels- und Gewerbebetrieben und Einschränkung der Nacharbeit auf das

allernotwendigste Maß. Die Konferenz fordert weiter die rückfällige Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die achtstündige Arbeitszeit.

Die Gewerbeinspektion ist so auszubauen, durch Bestellung besonderer Inspektoren aus den Reihen der Arbeiter derart, daß die Einhaltung dieser Gesetze gesichert ist. Außerdem wird die Mitwirkung der Fachorganisationen bei dieser Kontrolle verlangt.

9. Die Konferenz erklärt es als Pflicht des Staates, für die Opfer der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosen, ausreichend zu sorgen. Sie fordert darum, daß die Arbeiter aller Berufszweige und aller Gebiete eine ansehnliche und einheitliche Unterstützung erhalten.

10. Durch ein Gesetz ist vorzusehen, daß ungründete und willkürliche Betriebseinschränkungen und Betriebseinstellungen oder Einstellung eines Betriebes ist eine Kontrolle der Erzeugungsregie unter Mitwirkung der Arbeitnehmer (Organisationen, Betriebsausschüsse usw.) vorzunehmen und bei unbegründeter Betriebseinschränkung oder Einstellung der Betrieb auf Rechnung des Besitzers weiter zu führen.

11. Zweckmäßige Ausarbeitung von Anträgen volkswirtschaftlicher, handels- und verkehrspolitischer Art sowie zu deren Durchführung ist ein besonderer Ausschuss aus Vertretern des Ministeriums für soziale Fürsorge, für öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen, Handel und Finanzen und aus Vertretern von Fachorganisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bilden, welcher für die Zeit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise als Beratungsorganisation für Wirtschaftsfragen zu gelten hätte.

12. Die Konferenz fordert, daß durch ein besonderes Gesetz das Existenzminimum der Arbeiter und Angestellten sichergestellt werde.

Es gelangt nun der 2. Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung:

„Die Forderungen der Arbeiterklasse als Konsumenten.“

Zu dem referiert Abgeordneter Laube (tsch. Nat.-Soz.), der sich gegen die Bestrebungen der Agrarier, die Lebensmittel noch zu verteuern, auf das entschiedenste wendet und von der Regierung die Einschränkung auf die Preispolitik der Getreide- und Fleischspekulanten verlangt.

Hierauf erhebt das Wort

Minister Habrman,

der erklärte, er sei mit Freuden bei der Tagung erschienen. Er sei nach Kräften bestrebt, seinen Einfluß zur Milderung der Wirtschaftskrise geltend zu machen. Der Minister verweist auf die von ihm vor kurzem einberufene Konferenz aller in Betracht kommenden Interessenten, in der die Frage der Wirtschaftskrise eingehend besprochen wurde. Das Ergebnis dieser Konferenz sei die teilweise Herabsetzung der Steuer für Kohle und Stohle und die Ermäßigung der Frachttariffe. Durchgreifende Erleichterungen können dadurch wohl nicht bewirkt werden, aber der gute Wille, das Möglichste zu tun, bestehe. Leider stehen den Wünschen der Arbeiterklasse die Finanzen des Staatshaushaltes entgegen. Die Regierung wird jedenfalls nach Kräften bemüht sein, der Wirtschaftskrise zu steuern. (Beifall.)

Hierauf wurde die Sitzung um ein Uhr mittags unterbrochen.

In der Nachmittagssitzung sprach zuerst Abgeordneter Rofner (deutsche Gem.-Rom.). Er bedauert, daß mehrere Minister der Tagung ferngeblieben sind. Diese Art der Behandlung einer so wichtigen Konferenz sei empörend. Wenn die Unternehmer auf die angeblich hohen Löhne hinweisen, so muß dem gegenübergestellt werden, daß die Arbeiter bei den jetzigen höheren Löhnen weit schlechter leben, als im Jahre 1914 bei niedrigeren Löhnen. Der größte Teil der Löhne steht unter dem Durchschnitt der Vorkriegszeit. Dazu kommt, daß ein großer Teil der Arbeiter keine Arbeit findet. Die Erhöhung der Valuta ist nur den Erzeugern und Händlern zugute gekommen. Redner weist an der Hand der Ausprüche ärztlicher Autoritäten nach, wieviel Nährstoffe ein Arbeiter braucht, um seine Arbeit leisten zu können. Diese Ernährung ist heute nicht sichergestellt und das Existenzminimum des Arbeiters nicht gesichert. Er richtet einen Appell an die Regierung, im Sinne der vorgeschlagenen Resolution zur Erleichterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse beizutragen.

Nachdem noch Blum (tsch. Lebensmittelpart.) für die Senkung der Lebensmittelpreise eingetreten war, wurde in die Debatte über den 1. und 2. Punkt der Tagesordnung eingegangen. An der Debatte beteiligten sich Viktor, Otokar, Sejna, Kaufmann, Hofmann, Kreuter und Chalupnik.

Sektionsrat Dr. Greer erklärt, daß er an zuständigster Stelle die erhobenen Forderungen bekenntgeben werde.

Die Resolution zum 2. Punkt der Tagesordnung hat folgenden Wortlaut:

Das gesamte Proletariat, Arbeiter und Angestellte, durchlebt harte Zeiten. Betriebseinschränkungen, Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen bedrohen die Lebensmöglichkeiten. Die Kosten der Lebensbedürfnisse erhöhen sich auf gleicher Höhe, während das Arbeitseinkommen unter den Folgen einer furchtbaren Krise sich verringert. Mit erschütternder Wucht stellen diese Tatsachen auf dem Haupte der Arbeiter und Angestellten. Es droht eine völlige Verelendung der Arbeiterklassen, ihre Leistungsfähigkeit sinkt durch die ununterbrochenen Unterdrückungen, das Leben des Proletariats wird zur Qual. Die Statistik der Krankenkassen zeigt ein rasches Ansteigen der Krankheitsfälle und der Krankheitsstage, die Kindersterblichkeit nimmt immer größeren Umfang an. Die Arbeiter als Konsumenten haben ein Interesse daran, daß die Preise der Lebensmittel und Bedarfs-

